

WAS ERWARTEN SICH ARBEITNEHMER/-INNEN VON DER EU? Solidarische Wirtschaftspolitik auf überstaatlicher Ebene

1. Einführung: Wettbewerb zwischen Unternehmen und zwischen Staaten?	62
2. Die EU als Hoffnungsträgerin in internationalen bis hin zu globalen gemeinschaftlichen Anliegen	66
3. ArbeitnehmerInnen-Interessen und EU-Wirtschaftspolitik	70
4. Grundsatz: keine Standortkonkurrenz nach unten	74
5. Gemeinschaftliche Labour Relations	75
6. Steuerharmonisierung	76
7. Geld- und Budgetpolitik	78
8. Finanztransaktionssteuer	81
9. Für eine solidarische Wirtschaftspolitik	83

Rainer Bartel

**Amt der Oö.
Landesregierung
und Dozent für
Volkswirtschaft an
der Johannes Kepler
Universität Linz**

Auszug aus WISO3/2006

isw

Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften

Gruberstraße 40–42
A-4020 Linz, Austria
Tel.: +43(0)732 66 92 73, Fax: +43 (0)732 66 92 73 - 2889
E-Mail: wiso@akooe.at
Internet: www.isw-linz.at

1. Einführung: Wettbewerb zwischen Unternehmen und zwischen Staaten?

*Leistungs-
fähigkeit
der Markt-
wirtschaft, ...*

Wettbewerb kennzeichnet eine Marktwirtschaft – auch eine soziale. Gerade die Leistungsfähigkeit einer Marktwirtschaft, ausgedrückt durch Kostenminimierung und Produktvielfalt, Innovation und Wachstum, ist unerreicht von anderen Systemen wie Zentralplanung oder ArbeiterInnenselbstverwaltung.¹ Deshalb wäre es für entwickelte Gesellschaften westlichen bzw. nördlichen Typs nicht ratsam, sich Radikalreformen hinzugeben, die den Wettbewerb prinzipiell durch einen anderen Grundzug ersetzen.

*... aber keine
Generalvollmacht
für die Markt-
kräfte*

Die Entscheidung für eine letztlich auf Wettbewerb fußende Marktwirtschaft darf allerdings keinesfalls eine Generalvollmacht für all die Kräfte darstellen, die in einer Marktwirtschaft wirken. Denn das hieße, das Zustandekommen und die Fähigkeiten des Wettbewerbs in so manchem entscheidenden Teilbereich des Wirtschafts- und Sozialsystems zu überschätzen: Der Wettbewerb kann viel leisten (die ökonomische Effizienz erhöhen), aber erstens nicht alles (er hat soziale Schwächen), und zweitens kommt und funktioniert der Wettbewerb nicht von selbst (es besteht eine politische Ergänzungsbedürftigkeit).²

*ökonomische
Effizienz auf
Mikroebene*

Ökonomische Effizienz (Produktivitätsmaximum bzw. Kostenminimum, Organisations- und Technologieoptimum) bezieht sich ausschließlich auf die Einzelwirtschaft: den einzelnen Betrieb, das individuelle Unternehmen, den einzelnen Konzern. Alles, was über die einzelwirtschaftliche (mikroökonomische) Ebene hinausgeht, weil es für mehrere, viele oder alle Wirtschaftseinheiten von Bedeutung ist, betrifft die Volkswirtschaft (Makroökonomie, Gesamtwirtschaft). Effizienz auf volkswirtschaftlicher Ebene geht demnach über den Begriffsinhalt der ökonomischen Effizienz hinaus und muss mit anderen Kriterien – zusätzlich zur bloßen Gewinnmaximierung – erfasst werden.

Auf volkswirtschaftlicher Ebene geht es um dreierlei Effizienz:³

- Allokationseffizienz: Wie sinnvoll sind die Ressourcen (Arbeit, Kapital, Umwelt) eingesetzt, wenn man die Auswirkungen ihres Einsatzes auf alle mit einbezieht (auch ArbeitnehmerInnen und Arbeitslose, KonsumentInnen und UmweltfreundInnen, InvestorInnen und KapitalgeberInnen)?
- Stabilisierungspolitische Effizienz: Wie sehr gelingt es, die wichtigen wirtschaftlichen Größen (Beschäftigung, Produktion und Einkommen) auf einem hohen und nachhaltigen Wachstumspfad zu stabilisieren?
- Verteilungspolitische Effizienz: Wie nahe kommt die Verteilungssituation bei Einkommen und Vermögen an die diesbezüglichen Zielvorstellungen der Gesellschaft heran (Verteilung zu gleich oder zu ungleich)?

*volks-
wirtschaftliche
Effizienzkriterien*

Entgegen allen Versuchen im neoliberalen Zeitalter zu zeigen, eine möglichst freie Marktwirtschaft (d.h. möglichst frei von wirtschaftspolitischer Gestaltung) schaffe am besten die „öffentlichen Güter“ Allokationseffizienz (gute, nützliche Produkte und flächendeckend einheitliche Versorgung, Fairness und Nachhaltigkeit u.dgl.), Vollbeschäftigung und Verteilungsgerechtigkeit,⁴ sieht der Autor das Gegenteil als Regelfall:

- Allokationsineffizienz (machtverzerrte Produktionsstrukturen mit Übervorteilungen und von gesellschaftspolitischer Bedenklichkeit),
- hohe Dauerarbeitslosigkeit und
- Verteilungspolarisierung (Reiche werden am ehesten reicher).

*freier
Wettbewerb
schafft keine
öffentlichen
Güter*

Wie wirkt nun der Neoliberalismus? Durch Wirtschaftsliberalisierung wird erstens Marktversagen politisch verbreitet und verschärft. Zweitens wirken Maßnahmen neoliberaler Wirtschaftspolitik oft in die gleiche Richtung wie die Marktkräfte und verstärken deren unerwünschte Nebenwirkungen (z.B. in einem Abschwung, wo die Privaten viel sparen, um wenig auszugeben, spart die öffentliche Hand ebenfalls, um

Neoliberalismus

irgendein von der Problemsituation abgehobenes Budgetziel zu erreichen). Drittens wird durch die „Fesselung“ des Staates und seiner Wirtschaftspolitik (einschließlich Sozialpolitik) die ordnende und korrigierende Einflussnahme durch staatliche Regelungen und staatliche Unternehmen zurückgedrängt (Deregulierung, Privatisierung). Viertens soll das Budget ausgeglichen oder gar ein Budgetüberschuss erzielt werden, gleichzeitig sollen aber auch die an den Staat zu leistenden Abgaben gesenkt werden;⁵ so bleibt kaum anderes übrig, als dass der Staat – angesichts der knapper werdenden Mittel – weniger und/oder schlechtere Leistungen erbringt.

*Stabilitäts-
politik ist nicht
Stabilisierungs-
politik*

Speziell ist es wichtig anzumerken, dass sich die neoliberale „Stabilitätspolitik“ deutlich von der hier befürworteten „Stabilisierungspolitik“ unterscheidet. Stabilitätspolitik meint die Niedrighaltung der Inflation und den Ausgleich der Staatsfinanzen auf niedrigem Budget- und Schuldenniveau. Stabilisierungspolitik steht für stabil hohe Beschäftigung und ein anhaltend hohes Produktions- und Einkommenswachstum. Stabilitätspolitik wirkt also generell einschränkend auf Staatsfinanzen und wirtschaftspolitische Möglichkeiten, auf wirtschaftliche Ergebnisse und öffentliche Güter. Währenddessen ist Stabilisierungspolitik grundsätzlich expansiv ausgerichtet und geht somit den umgekehrten Weg: Beschäftigungs- und Wirtschaftswachstum lassen die Staatseinnahmen wachsen (wirtschaftlich bedingt gibt es mehr Steuer- und Beitragsaufkommen) und die Staatsausgaben sinken (beschäftigungsbedingt sind weniger Arbeitslosen- und Notstandshilfe sowie Sozialhilfe nötig).⁶

*Institutionen für
gute Märkte ...*

Der Harvard-Ökonom Dan Rodrik nennt vier institutionelle Voraussetzungen, damit die Märkte volkswirtschaftlich effizient (nicht nur ökonomisch effizient) funktionieren:

- marktschaffende Institutionen, welche die Eigentumsrechte und Verträge schützen,
- marktregulierende Institutionen, welche einen funktionsfähigen (keinen freien) Wettbewerb schaffen,

- marktstabilisierende Institutionen, welche die Stabilität der Wirtschaftsentwicklung auf hohem Niveau fördern, und
- marktlegitimierende Institutionen, welche auf der „Sozialpflichtigkeit des Eigentums“ beruhen und einen geeigneten „sozialen Ausgleich“ herstellen.⁷

Die Politik des Neoliberalismus – nicht zuletzt von und in der EU praktiziert – konzentriert sich einseitig auf den ersten Punkt, der auch mit dem historischen Nachwächterstaat vereinbar ist. Punkt zwei fällt der Deregulierung zum Opfer. Punkt drei wird in wesentlichem Maß durch den sogenannten Stabilitäts- und Wachstumspakt der EU ausgeschaltet. Punkt vier wird durch den internationalen „Standortwettbewerb“ immer magerer.⁸

*... und die
neoliberale
Position*

Wettbewerb zwischen Unternehmen darf angesichts des systematischen Marktversagens kein freier Wettbewerb sein; er muss ein staatlich geregelter Wettbewerb sein, damit er im Sinn dessen funktionsfähig sein kann, was sich die Gesellschaft als ganze von ihm erwartet. Ohne Wettbewerb geht es in einer Marktwirtschaft nicht, aber mehr Wettbewerb bedeutet von sich aus noch lange nicht besseren, funktionsfähigeren Wettbewerb. Zum einen muss daher der Staat Sorge dafür tragen, dass scharfer Wettbewerb kein ruinöser Wettbewerb ist, dass also der Wettbewerb auf dem Markt nicht durch einen Wettbewerb um den Markt ersetzt wird, der viele VerliererInnen (durchaus existenzberechtigte Konkurrenzunternehmen sowie schutzwürdige KonsumentInnen und ArbeitnehmerInnen) kennt, aber nur wenige GewinnerInnen (mächtige, übervorteilende Unternehmen in monopolartigen bzw. monopolistischen Stellungen). Zum Zweiten gilt es zu erwägen und wirtschaftspolitisch zu flankieren, dass verschärfter Wettbewerb auch verstärktes Marktversagen bedeutet.⁹

*staatlich
geregelter
Wettbewerb,
denn mehr ist
nicht immer
besserer
Wettbewerb*

Doch noch nicht genug mit der mehrschneidigen Problematik des Wettbewerbs zwischen Unternehmen. Auf der politischen Ebene hat international längst auch eine Art Wettbewerb

*„Meister-
liberalisierer“
auf dem
internationalen
Parkett*

eingesetzt, der darin besteht, Liberalisierungsmaßnahmen von den nationalen, internationalen und supranationalen Instanzen der Wirtschaftspolitik (Nationalstaaten, WTO, EU) einzufordern – ohne mitunter aber selber die Liberalisierungen wirksam umzusetzen (es fällt nicht so sehr auf, wenn man als „Meisterliberalisierer“ die aufgegebenen Hausaufgaben kaum selbst erledigt). Das schürt immerhin den Verdacht, dass man Liberalisierung bei den jeweils anderen einfordert, um aus deren Nachteilen selbst Vorteile zu erzielen. Das funktioniert aber nur, wenn erstens die anderen darauf hineinfallen und eifrig die Liberalisierung aufnehmen und zweitens niemand es wagt, den (bloß großsprecherischen) „Meisterliberalisierer“ aufzudecken und zu kritisieren. Wenn es funktioniert, ist Liberalisierung eine Strategie der Machtumverteilung auf Kosten anderer Staaten.¹⁰

*internationale
öffentliche Güter
und Politik-
koordination*

Überträgt man das für den Wettbewerb zwischen Unternehmen Gesagte auf den Wettbewerb zwischen Nationalstaaten, so gibt es auf internationaler Ebene eben auch internationale öffentliche Güter. Diese erfordern folgerichtig, dass es eine übergeordnete wirtschaftspolitische Instanz geben müsse, soll es statt des Wettbewerbs zwischen Staaten zu einer Koordination der Wirtschaftspolitik unter diesen Staaten kommen, die vom bloßen (Schein-)Liberalisieren weg und in die andere Richtung geht: effektive Regulierung, Stabilisierung und Umverteilung (von oben nach unten). Ziel ist also die volkswirtschaftliche Effizienz nicht bloß auf nationaler, sondern auf internationaler, letztlich globaler Ebene.¹¹

2. Die EU als Hoffnungsträgerin in internationalen bis hin zu globalen gemeinschaftlichen Anliegen

*Probleme
internationaler
Zusammenarbeit*

Natürlich gibt es die Versuchung für einen Staat, „Trittbrett zu fahren“: Andere Staaten sollen zu einem Verhalten veranlasst und vertraglich verpflichtet werden, das dem Gemeinwohl der globalen Gemeinschaft dient. Selber lässt sich der einzelne Staat nur zum Schein darauf ein und nützt selbst – gleichsam

als Trittbrettfahrer – die sich daraus ergebenden Vorteile, rechnet aber damit, dass das eigene „Mogeln“ nicht erkannt oder so eingeschätzt wird, dass dieses abweichende Verhalten („Defektieren“) keinerlei ernsthafte Konsequenzen hat. Durch Nachsicht für die AbweichlerInnen sollen ein Zerfall des Gesamtvertragswerks (Gesamtsystems der grenzüberschreitenden Kooperation) und eine „Anarchie“ (ein totaler Konflikt mit vielen offenen Fronten) in den internationalen Beziehungen vermieden werden.

Freilich gibt es keine Weltregierung mit Durchsetzungsmöglichkeiten ihrer Entscheidungen wie auf nationaler Ebene. Natürlich gibt es auch Konfliktsituationen mit den AbweichlerInnen von den Vereinbarungen und „Wirtschaftskriege“.¹² Doch es besteht durchaus Hoffnung. Es gibt eine Europäische Union.

*EU als
Hoffungs-
trägerin*

- Die EU ist erstens nicht nur eine Zollunion und Freihandelszone, sondern auch eine Wertegemeinschaft; allein schon auf dieser Basis (der sozialen Marktwirtschaft verpflichtet) kann bzw. könnte man eigentlich gemeinsam Politik machen.
- Zweitens hat die EU als supranationale (überstaatliche) Einrichtung auch Hoheitsgewalt, hat sie doch in manchen Belangen von ihren Mitgliedsstaaten die entsprechende wirtschaftspolitische Kompetenz übertragen bekommen. (Das kann auch, wenn allgemein gewünscht, ausgeweitet werden.)
- Die EU ist drittens ein wirtschaftlich relativ stark in sich geschlossener Wirtschaftsraum, der nur in ganz wenigen Bereichen vom guten Willen gewisser HandelspartnerInnenländer abhängig ist.¹³
- Viertens ist die EU ein Global Player, eine weltweit nicht zu übergehende Einrichtung, weil sie ein starker Wirtschaftsraum ist und eine faktisch starke Stimme in international mächtigen Institutionen (z.B. in der Welthandelsorganisation WTO) besitzt.

- Wir sehen fünftens, dass selbst internationale Organisationen in Konfliktsituationen Schiedssprüche fällen können, die durch offizielle Embargomaßnahmen der Gemeinschaft durchgesetzt oder sogar von betroffenen Privaten vor ordentlichen Gerichten eingeklagt werden können. Die Tendenz geht neuestens in Richtung privater Klagen von Privaten gegen Staaten, und zwar aufgrund entsprechend errichteter Privatverträge.¹⁴
- Und sechstens ist die EU samt ihrem mächtigen internationalen „Hebeleffekt“ durch demokratische Mechanismen in ihrer Politikausrichtung steuerbar – wenn schon (noch) nicht so sehr im Weg des Europäischen Parlaments, so doch durch die nationalstaatlichen Wahlen und die dementsprechende Zusammensetzung des Europäischen Rats (Staats- bzw. Regierungschefs der Mitglieder) und des Rats der EU (nationale MinisterInnen der jeweiligen Ressorts).

*Ausflüchte,
Ausreden und
zweifelhafte
„Good
Governance“*

Aussagen wie „Die EU vermag nichts zu ändern“ und „In der EU kann man nichts verändern“ sind im Licht unserer Argumente eher als Ausflüchte aus der Debatte und zumindest als Ausreden für Inaktivität hinsichtlich wirtschaftspolitischer Kursänderungen zu verstehen – wenn nicht gar als Strategie, die Liberalisierungspolitik der EU und WTO ernsthafter, konstruktiver Kritik zu entziehen, sodass auch auf nationalstaatlicher Ebene der Neoliberalismus, gleichsam im Gefolge von EU und WTO, schwer angreifbar wird. Inzwischen ist es Brauch geworden, infolge der Bemühungen von OECD, Internationalem Währungsfonds und EU-Kommission den Begriff „Good Governance“ (gute Staatsführung) mit Liberalisierung und Stabilitätspolitik (nicht Stabilisierungspolitik) in der Manier des Washingtoner Konsenses (Washington Consensus) inhaltlich zu besetzen.¹⁵

Doch selbst wenn es gar schwierig ist, die Vorherrschaft und Akzeptanz der neoliberalen Botschaft in den Köpfen und Herzen zu überwinden und die Wirtschaftswissenschaft und -politik wieder offener und vielseitiger, neutraler und ausgewo-

gener, fakten- und realitätsbezogener, aktiver und selbstbewusster (gegenüber den Lobbys) sowie arbeitnehmerInnenfreundlicher und stärker gesamtwirtschaftsorientiert zu machen, gilt in einer Demokratie immer noch der Grundtatbestand der Änderbarkeit.¹⁶ Eine äußerst günstige Voraussetzung dafür wäre allerdings eine wenig konzentrierte, ausgewogene Medienlandschaft mit Redaktionen, die weder von InseratengroßkundInnen noch von EigentümerInnen abhängig noch von Arbeitsverdichtung und Zeitnot bei Recherchen gepresst und dafür des journalistischen Berufsethos voll sind.¹⁷ Wissenschaft, veröffentlichte Meinung und Sachpolitik müssen wieder mehr Augenmaß bekommen und insofern neutraler werden. Sonst verbreitet sich die Auffassung noch mehr, man müsse sich den Märkten noch stärker ausliefern und persönlich noch mehr Opfer bringen, damit die eigene und die gesamte wirtschaftliche Lage verbessern würden.

Änderbarkeit als Grundtatbestand der Demokratie durch Medienkonzentration behindert, ...

Doch die EU sieht offenbar (noch) wenig Notwendigkeit zur Betätigung in dieser Richtung. Dabei ist die Gefahr groß, dass viele der schmerzhaften, aber wenig gemeinnützigen Reformen kaum, gar nicht oder nur mehr unter sehr hohen Kosten rückgängig zu machen sind. Zeit spielt bei der Optimierung der Politik offenbar eine mitentscheidende Rolle (in diesem Sinn stimmt der Slogan „speed kills“).

... aber EU noch untätig

Wirtschaftspolitik wäre gerade auf Ebene der mächtigen EU eher an ihren wichtigen Ergebnissen oder Nicht-Ergebnissen zu messen als an ihren Beteuerungen, etwa der innovativste und dynamischste Wirtschaftsraum zu werden, an ihrem Feigenblatt „größtes Friedensprojekt“, ihren PR-Aktivitäten, welche die EU als ein Dorado für KonsumentInnen darstellen, und ihren populistisch ausgewählten und „vermarkteten“ Aktionen (wie billigeres Telefonieren). Immerhin machen Arbeitslosigkeit und Konkurse auch die Beschäftigten und UnternehmerInnen unruhig und weniger glücklich. So ist der Problemdruck für die meisten (auch viele der nicht direkt Betroffenen) zu erkennen bzw. zu verspüren. 43 Prozent der

EU an ihren Untätigkeiten und Untaten messen!

1.017 im März und April 2006 interviewten ÖsterreicherInnen nannten auf die Frage, was die EU für sie bedeute, als Antwort an erster Stelle Arbeitslosigkeit.

*EU ist nützliche
Institution mit
momentan
unnützlichen
Politiken*

Gleichzeitig ist die EU-Zustimmung steigend;¹⁸ möglicherweise wird zutreffend zwischen der EU als supranationaler Institution im Allgemeinen und ihrer momentan etablierten neoliberalen Politik als eine historische Besonderheit unterschieden; zumindest sollte es so sein. Denn die weltweite Einmaligkeit der EU als supranationale (d.h. relativ handlungsfähige) Institution und die starke Position der EU in Europa und weltweit bieten enorme Erfolgsmöglichkeiten.¹⁹ Die EU sollte als Einsatzbereich für wirtschaftspolitische Änderungen nicht unterschätzt, sondern genützt werden – auch wenn der Hauptansatzpunkt dazu (noch) auf nationaler Ebene liegt.

3. ArbeitnehmerInnen-Interessen und EU-Wirtschaftspolitik

*Arbeitnehmer-
Innenpolitik ist
mehr als Eigen-
interessenpolitik*

Forderte der Autor zuvor eine an volkswirtschaftlicher Effizienz orientierte statt von lobbyistischen Einflussnahmen geprägte Wirtschaftspolitik, so mag er sich jetzt dem Vorwurf aussetzen, eine spezielle Interessenposition zu vertreten, indem überlegt werden soll, was sich die ArbeitnehmerInnen von der EU erwarten können bzw. sollen. Doch zu diesem möglichen Einwand sind wiederum Gegeneinwände zu machen:

*Verantwortungs-
bewusstsein*

- Die Perspektive der ArbeitnehmerInnen soll nie getrennt von den volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen und den Auswirkungen der ArbeitnehmerInnenpolitik (Labour Relations Policy) auf die Volkswirtschaft gesehen werden. Gesamtwirtschaftliches Verantwortungsbewusstsein wird somit vorausgesetzt.
- Die unselbstständig Erwerbstätigen (und die in ihrer wirtschaftlichen Lage den ArbeitnehmerInnen sehr ähnlichen Klein- und KleinstunternehmerInnen) stellen immerhin die überwiegend größte Gruppe der Erwerbsbevölkerung dar.

Deswegen sollen ihre Anliegen zwar einerseits nicht als Partikularinteressen dominieren, doch andererseits soll ihre Position wegen der starken Verbindung zur Gesamtwirtschaftsentwicklung nicht vorweg schon eine bloß dienende, verzichtende, aufopfernde sein. Vielmehr sind ggf. Mittel und Wege zu suchen, wie sich die Interessen der ArbeitnehmerInnen und das Gemeinschaftsinteresse miteinander vereinbaren lassen. Dazu sind offenbar wirtschaftspolitische Begleitmaßnahmen erforderlich (siehe Abschnitt 7).

*nicht vorweg
schon in der
Opferrolle*

- ArbeitnehmerInnen-Interessen sind als komplementär zu den Interessen der produzierenden (im Gegensatz zu den finanzspekulierenden) Unternehmen zu sehen. Das heißt, jene UnternehmerInnen und ManagerInnen, die, wie die ArbeitnehmerInnen, ein starkes Interesse an der langfristig erfolgreichen Teilnahme des Unternehmens am Markt haben, werden sich des Werts vor allem der qualifizierten MitarbeiterInnen für den Unternehmenserfolg bewusst sein und eine entsprechende Personalpolitik betreiben so wie Betriebsgewerkschaft und Betriebsrat ihre Kritik- und Sprachrohrfunktion gegenüber dem Management und der EigentümerInnenvertretung konstruktiv auch im Interesse des Unternehmens wahrnehmen. Diese Art von WirtschaftspartnerInnenenschaft (man spricht meist fälschlich nur von „Sozialpartnerschaft“) ist eigentlich eine wirtschaftliche Symbiose von Kapital und Arbeit. Sie ist einzel- und gesamtwirtschaftlich sinnvoller, als dass ManagerInnen für kurzfristige und kurzsichtige Kurssteigerungen hohe Gehälter und Prämien erhalten und auf dieser vermeintlichen Erfolgswelle schon zum nächsten Unternehmen zu wechseln, bevor die negativen Konsequenzen ihrer egoistischen Unternehmenspolitik in ihrer ganzen Tragweite erkennbar werden (Principal-Agents-Problem).²⁰

*volkswirtschaftlich
produktive
Wirtschafts-
partnerInnenenschaft*

- In einer immer stärker globalisierten Weltwirtschaft ist es von ausschlaggebender Bedeutung, welche Mobilitätsmöglichkeiten die Produktionsfaktoren Arbeit und Sachkapital sowie das Finanzkapital (insbesondere die

ArbeitnehmerInnen können den flüchtigen Arbeitsplätzen nicht folgen

finanzielle Beteiligung an Produktionsunternehmen) faktisch besitzen. Dabei liegt die grundlegende Problematik in den unterschiedlichen Graden an internationaler Mobilität: Finanzkapital lässt sich mit den geringsten Kosten in Sekundenschnelle (ggf. auf einen vorprogrammierten Computerbefehl) nahezu überallhin auf der Welt transferieren. Bei Sachkapital (Betrieben) sind die Kosten des Auswanderns schon höher; versunkene Kosten entstehen bei Devestitionen (Aufgabe von Investitionsgütern), wenn der Restwert der noch nicht amortisierten (noch zu verdienenden) Betriebsanlagen ohne entsprechende Einnahmen abgeschrieben werden muss. Am langsamsten und aufwändigsten sind Wanderungen von Menschen, die dem Sachkapital (den international mobilen Arbeitsplätzen) folgen; einerseits sind die monetären und emotionalen Kosten hoch, andererseits die Möglichkeiten zu immigrieren gering. Im Gegensatz zu vielen Shareholdern (AktionärInnen) und ManagerInnen, die beide die Unternehmen für ihre spekulativen Zwecke (ge-/miss-)brauchen, indem sie nahezu jede einzelne Kurssteigerung zu Geld machen und entsprechend umgekehrt einen Kursverfall rasch zur Flucht aus der jeweiligen Firma nützen, sind die Stakeholder (alle, die an einer langfristig erfolgreichen Existenz des Unternehmens persönlich und vielleicht sogar existenziell interessiert sind) nicht an flatterhafter spekulativer Finanzinvestition interessiert. Sie wollen vielmehr eine Unternehmenspolitik solider Sachinvestition verfolgen, die oft erst in ferner Zukunft ihre Früchte (Dividenden) abwirft.²¹

ohne Investitionen und (Aus-)Bildung keine gesamtwirtschaftliche Erfolgsstory

Solche Sichtweisen machen deutlich, dass die Anliegen der ArbeitnehmerInnen weitgehend mit den Interessen der Produktionsunternehmen und der nicht spekulierenden, sondern eher auf Sicherheit bedachten SparerInnen sowie mit dem Interesse an einer auch langfristig erfolgreichen Entwicklung der Volkswirtschaft (d.h. EU-Europas, der einzelnen Mitgliedsstaaten und ihrer Regionen) zusammenfallen. Ohne Investitionen in unternehmerisches Sachkapital, aber auch in

das Humankapital (die Fähigkeiten) der MitarbeiterInnen gibt es keine Erfolgsstory für die Gesamtwirtschaft. Eine gute Produktions-, Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung liegt zwar nur mittelbar, aber eindeutig auch im Interesse der SteuerzahlerInnen und WählerInnen, StaatsbürgerInnen und InländerInnen mit ausländischer Staatsbürgerschaft, bestimmt die Wirtschaftsentwicklung doch nicht unwesentlich über sozial- bzw. wohlfahrtsstaatliche Leistungen – insbesondere bei ausgeglichenem Budget.

ArbeitnehmerInnen-Interessen sind also im Großen und Ganzen sowohl für die Gruppe legitim als auch für die Gesamtwirtschaft von Vorteil. Letzteres ist bei Kapitalinteressen, insbesondere bei rücksichts- und bedingungslos erhobenen Forderungen zu den einseitigen Gunsten mächtiger Unternehmen, nicht so sehr der Fall. Die Neigung zu unternehmerischen Sachinvestitionen wird nämlich relativ wenig von der aktuellen Gewinnsituation stimuliert, sondern viel mehr durch die Nachfrage- und Erlöserwartungen.²²

*Arbeitnehmer-
Innen-Interessen
legitim und
förderlich*

Was die ArbeitnehmerInnen und Arbeitslosen sowie viele (v.a. kleinere und kleinste) Produktionsunternehmen mit Fug und Recht von der Wirtschaftspolitik der EU erwarten (können und sollen), ist, dass sie die Gemeinschaftsanliegen der Menschen in der EU aus einer aufgeklärten Sicht erkennt. Dieser aufgeklärte Blick von der supranationalen Ebene der EU aus auf die nationalen Konkurrenzkämpfe der Mitgliedsstaaten kann die Anliegen der EU-BürgerInnen effizient realisieren helfen. Und zwar so, wie dies die Nationalstaaten mit dem staatsmännischen Blick des Hoheits- und Wohlfahrtsstaates auf die Konkurrenzkämpfe der Unternehmen, Regionen und Kommunen tun oder tun sollten. Das bedeutet, dass Kooperationen der Mitgliedsstaaten im Rahmen der EU (als überstaatliche Gemeinschaftslösung) die unzweckmäßigen Konkurrenzbeziehungen zwischen den Mitgliedsstaaten (die nationalstaatlichen Einzellösungen) ersetzen mögen. Zusätzlich soll die EU als ein starker Global Player die Ausgestaltung und

*EU muss
Gemeinschafts-
anliegen
erkennen und
aufgeklärt
gegenüber den
Nationen und
Institutionen
vertreten*

Politik der internationalen Institutionen (v.a. WTO und IWF) aus derselben Perspektive mitgestalten, aus der sie die Gemeinschaftsanliegen aller EU-Mitglieder verwirklichen soll. Bis dahin haben die Nationalstaaten, die EU und die internationalen Institutionen aus der Sicht der ArbeitnehmerInnen aber noch einiges zu lernen und nachzuholen.

4. Grundsatz: keine Standortkonkurrenz nach unten

*Standort-
wettbewerb
keine Win-Win-
Situation*

Lehre Nummer eins und Ausgangspunkt muss dabei sein, dass internationaler wie interregionaler Standortwettbewerb (selbst in der EU) keine Win-Win-Situation ist (alle profitieren), sondern eine Win-Lose-Situation (der Stärkere gewinnt, der Schwächere verliert, obwohl oft der Schwächere nur relativ schwach, aber nicht absolut schlecht ist). Das bedeutet letztlich eine Lose-Lose-Situation (die Weltwirtschaft als ganze verliert). Den folgenden beiden Aussagen dazu ist nach Auffassung des Autors nichts hinzuzufügen.

*Rennen nach
unten*

„Während die frühere Konkurrenz zwischen den Wirtschaftssystemen (Markt- gegen Planwirtschaft; Anm. d. Verf.) innerhalb geschlossener Grenzen stattfand, hat Globalisierung eine neue Art des Systemwettbewerbs hervorgebracht, der von der Mobilität der Produktionsfaktoren getrieben wird. Der neue Wettbewerb (Standortwettbewerb; Anm. d. Verf.) wird wahrscheinlich die Abtragung des europäischen Wohlfahrtsstaates mit sich bringen, ein Rennen nach unten, in dem Sinn, dass das Kapital nicht einmal für die von ihm genutzte Infrastruktur bezahlt, und nationale Regulierungssysteme abbauen wird. Im Allgemeinen wird er unter derselben Art Marktversagen leiden, das ursprünglich die entsprechende Staatstätigkeit hervorgerufen hat.“²³

„Wenn ein Arbeitender wegen wachsender Produktivität immer mehr herstellen kann, warum soll er dann immer weniger konsumieren, weniger Freizeit haben, aus seinem geminderten Lohn eine private Versicherung eingehen? Warum müssen

dann die Altersrenten gesenkt werden, die öffentlichen Einrichtungen geschlossen werden? Warum kann dann das öffentliche Gesundheitswesen nicht mehr finanziert werden? Wenn all dies nur deswegen sein muss, weil wir uns dem internationalen Wettbewerb stellen müssen, und wenn der Lebensstandard in den konkurrierenden Ländern deswegen vermindert werden muss, weil sich diese demselben internationalen Wettbewerb stellen müssen, brauchen wir dann diesen Wettbewerb? Muss dann nicht nach einer politischen Organisation für die internationalen Wirtschaftsbeziehungen gesucht werden? Und wenn das System nur bei hoher Kapitalrentabilität und hoher Armut funktionieren kann, ist dann nicht nach einem System, und sei es auch nur nach einem Mischsystem zu suchen, das es uns ermöglicht, die gestellte Frage zu lösen? Vor 30 Jahren wurden klarere Debatten als jetzt geführt.“²⁴ Somit suchen wir nach Facetten, wie der Standortwettbewerb erfolgt bzw. unterbunden werden könnte.

Brauchen wir diesen Standortwettbewerb?

5. Gemeinschaftliche Labour Relations

Lohnsenkungen, Arbeitszeitverlängerungen ohne Lohnerhöhung, Einschränkung der Zeitsouveränität (im Extremfall Arbeit auf Abruf) und Verschlechterung der Arbeitsplatz-Mindestanforderungen sind Möglichkeiten der Unternehmen, Arbeitskosten pro Leistungseinheit zu sparen (eine Facette der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik). Die Nachteile konzentrieren sich unmittelbar und mitunter existenziell auf eine Gruppe, nämlich auf die Unselbstständigen – vor allem im schlechten Sektor (Sekundärsektor) des Arbeitsmarktes (Verschlimmerungen nicht nur der materiellen Situation treten ein, sondern insbesondere auch der sonstigen Lebensqualität, sowohl in der Arbeit als auch in der Freizeit). Die daraus unmittelbar erwachsenden Kostenvorteile und Gewinnerhöhungen für die Unternehmen ergeben aber für die Volkswirtschaft keine wesentlichen Steigerungen an Investitionen und Arbeitsplätzen, sondern führen ihrerseits wiederum zu Produktivitätsnachteilen und Kostensteigerungen (Effizienzlohntheorie): zum Nachteil

kurzsichtige Kostensenkungs- politik auf Kosten der ArbeitnehmerInnen

der KonsumentInnen. Das können oder wollen die Unternehmen in der vollen Tragweite nicht erkennen, klammern sie sich doch an das griffiger Erfahrbare und so heiß Erwünschte. Dieses Marktversagen leitet zu Politikversagen über, wenn der hoheitliche Staat und die überstaatliche Gemeinschaft keine Mindeststandards gegen solche Lohndeflationswettläufe (Preiskonkurrenzvorteile durch Lohnsenkungen, wie sie etwa gerne von den Niederlanden angezettelt wurden) einziehen.

*gemeinschaftlich
anzustrebende
Mindeststandards*

Die gemeinschaftlich anzustrebenden Mindeststandards müssen nicht einheitlich ausfallen, sondern können je nach den momentanen nationalen oder regionalen wirtschaftlichen Gegebenheiten unterschiedlich sein. Sie müssen aber insoweit konsensfähig sein, als sie einerseits dem jeweiligen materiellen Entwicklungsniveau und somit der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit angepasst sind, andererseits ein gemeinschaftlich empfundenes Minimum für die Menschenwürde und für die menschliche Zumutbarkeit in der Wertegemeinschaft EU nicht unterschreiten. Mindeststandards schützen die angesichts hoher Arbeitslosigkeit erpressbaren ArbeitnehmerInnen auch vor Selbst- und Fremdausbeutung (kein Raubbau am Menschen!). Wichtig ist aus pragmatischer Sicht ein Sperrklinkeneffekt, der ein Absinken und somit ein Rennen nach unten verhindert. Das darf nicht Gerede bleiben, sondern muss faktisch und zuverlässig gewährleistet sein (womit auch der Problematik des Lohndumpings i.w.S. durch ausländische Arbeitskräfte ein Riegel vorgeschoben und die gemeinhin empfundene Problematik entschärft würde).

6. Steuerharmonisierung

Wie beim Dumping im kollektivvertraglichen sowie arbeits- und sozialrechtlichen Bereich besteht auf steuerpolitischem Gebiet der nationalistische Anreiz zur Senkung der Steuern auf den mobilen Produktionsfaktor Sachkapital und v.a. auf das besonders flüchtige Finanzkapital. Obwohl es auch Untersuchungsergebnisse gibt, die darauf hinweisen, dass Standortent-

scheidungen internationaler Unternehmen und Konzerne nicht allein aufgrund der Höhe der Abgabenbelastung fallen, sondern auch die öffentlichen bereitgestellten Leistungen vor Ort ins Kalkül eingehen und dominieren können,²⁵ begehen Staaten denselben Fehler wie Unternehmen, die ihr Heil in der Arbeitskostensenkung ungeachtet deren negativer Produktivitäts- und Qualitätswirkung suchen. Und zwar ziehen sie damit besonders die schlechteren Firmen und Arbeitsplätze an, das sind jene, die in der Konkurrenz auf dem Markt nichts anderes zu bieten haben als möglichst niedrige Preise sowie gesamtwirtschaftlich oft geringe inländische Wertschöpfung und somit mageres Steueraufkommen. Damit verkommen aber auch viele der nötigen Infrastrukturleistungen für Region und Staat als unfinanzierbar.

*Steuerdumping
zieht schlechte
Unternehmen
an*

Eine Vereinheitlichung der Steuerbemessungsgrundlage (was besteuert wird) und die Einführung eines Mindeststeuersatzes, der für eine Finanzierung der klassischen staatlichen Leistungen ein hinreichendes Steueraufkommen gewährleisten mag, sind in diesem Licht auf EU-Ebene zu realisieren. Besondere Brisanz erhält die angesprochene Problematik durch die jüngsten EU-Mitgliedsstaaten, die einerseits als MusterschülerInnen liberalisierter Marktwirtschaft gelten wollen und Abgaben senken, um mehr ausländische Direktinvestitionen (Unternehmensgründungen und -erweiterungen) anzuziehen, andererseits aber je nach struktur- und integrationspolitischem Bedarf EU-Beihilfen erhalten, auf deren finanziellem Fundament sie die Einnahmehausfälle aus den Abgabensenkungen leichter gewähren und verkraften können. Hier ist insofern eine Verbindung zwischen diesen beiden Tatbeständen herzustellen, als sie in einem engen wirtschaftspolitischen Zusammenhang stehen und somit die Fairness und Akzeptanz des EU-Umverteilungsprozesses in Frage stellen.

*Harmonisierung
gegen
„doppeltes
Spiel“*

Immerhin sehen seriöse ÖkonomInnen aus der wirtschaftsliberalen Domäne (z.B. Lester Thurow) die wesentliche Besteuerung von Vermögen und Erbschaften als eine Grundvor-

*Vermögens-
und Erwerbs-
steuern als
Grundlage
für fairen
Wettbewerb
und Staats-
finanzierung*

aussetzung für fairen Wettbewerb um Einkommen auf den Märkten an. In der neoliberalen Ära, die mit den Phasen der betonten Liberalisierung, massenhaften Finanzinnovationen und weltwirtschaftlichen Integration (Globalisierung) zusammenfällt, steht einem massiven Anstieg der Einkommen aus Besitz und Vermögen eine Tendenz zur Reduktion bis zu einer Abschaffung vermögensbezogener Steuern gegenüber (wie unlängst von Karl-Heinz Grasser vorgeschlagen). In jüngster Zeit wird darauf verwiesen, dass die seit den späten 1970er Jahren tendenziell fallende Lohnquote (Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen) in erster Linie auf den rapiden Zuwachs des Finanzvermögens zurückzuführen sei. Doch selbst bzw. gerade wenn dies zutrifft, ist eine Wiedereinführung, Verbreiterung oder Erhöhung der Vermögensbesteuerung nicht nur ein Gebot der Stunde, sondern auch eine verteilungspolitische Chance auf mehr Gerechtigkeit (es sollen ja nicht die kleinen SparerInnen getroffen werden, sondern die großen SpekulantInnen). Ebenso würde dadurch eine finanziell ergiebige Quelle für den Staat oder die EU (als Finanzierungsbeitrag zu deren Aufgabenerledigung) erschlossen. Die zuletzt vorgebrachte Argumentation, Vermögensbesteuerung sei ungerecht, weil die Kinder der VermögensbesitzerInnen, die deren Vermögen geschenkt oder vererbt bekommen, Entbehnungen auf sich nehmen hätten müssen, damit das Vermögen überhaupt aufgebaut werden konnte, wirkt angesichts der Entwicklungen und der „großen Fische“ auf den Weltfinanzmärkten eher absurd und an den Haaren herbeigezogen. Noch dazu könnten die Besteuerungsmodalitäten auf die individuelle soziale Situation Rücksicht nehmen (der administrative Aufwand – wie bei der Lohn- und Einkommensteuer – würde sich sicher lohnen).

7. Geld- und Budgetpolitik

Wie die meisten Währungsbehörden ist die Europäische Zentralbank (EZB) als formell unabhängig von der Politik konstruiert, doch wird durch die Besetzung des Leitungsorgans mit „Falken“ eine streng konservative monetaristische Politik instal-

liert. Zudem ist es das Hauptziel der EZB, die Inflationsrate niedrig (d.h. die Teuerungsrate ausgewählter Konsumgüter etwa zwischen null und zwei Prozent) zu halten. Besonders unangenehm ist die oft unausgesprochene Zumutung für die ArbeitnehmerInnen und für die besonders kreditabhängige (weil kaum außen- und eigenfinanzierte) mittelständische Wirtschaft, wie die Inflationsbekämpfung durchgeführt wird. Man erhöht die Zinsen und dämpft dadurch die Investitionstätigkeit der Firmen. Das schränkt wiederum die Produktion und Güternachfrage ein, kostet Arbeitsplätze und erzeugt Arbeitslose. Mit einer solcherart erhöhten industriellen Reservearmee sind die ArbeitnehmerInnenvertretungen in den Tarifverhandlungen geschwächt. Folglich müssen die Preise nicht so stark steigen, damit die Unternehmen ihre Gewinnziele erreichen können. Bewusst wird zusätzliche Arbeitslosigkeit zur Senkung der Inflation eingesetzt.

*Monetaristen
schaden der
Wirtschaft
und den
Arbeitsplätzen*

Aus ArbeitnehmerInnensicht wie aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive ist dafür ein anderes Konzept vorzuziehen: stabilitätsorientierte Einkommenspolitik. Das heißt, die Lohnerhöhungen sollen der Produktivitätssteigerung (dem gewohnten Anteil an dem im Teig größer gewordenen „Kuchen“) plus der Inflation (der Entschädigung für das „Zusammenfallen der bei der Vergrößerung auch entstandenen Luftblase im Kuchen“) entsprechen. Dadurch wird die Verteilung zwischen Lohn- und Gewinneinkommen unverändert gehalten. (Abweichend davon kann expansive Lohnpolitik als „Rationalisierungsdruck“ wirken: Die höheren Löhne und Preise können durch eine bessere Qualität und/oder verringerte Nicht-Lohnkosten aufgefangen werden, möglicherweise aber auch durch weniger Arbeitskraft und mehr Maschinen; die Auswirkung der Lohnexpansion auf die Güternachfrage ist umstritten.) Im Gegenzug zur Lohnzurückhaltung verpflichten sich auch die Unternehmen, den Verteilungskampf auf dem Markt einzustellen und ihre Marktmacht nicht für Preiserhöhungen zu missbrauchen. Es kommt also weder vom Arbeits- noch vom Gütermarkt her zu einer „Verteilungskampf-Inflation“.²⁶

*stabilitäts-
orientierte
Einkommens-
politik statt
Monetarismus
zur Inflations-
dämpfung*

- staatliche Umverteilung* Wird die Verteilung der Einkommen auf dem Markt als noch unbefriedigend angesehen und/oder sollten sich aus der Lohnzurückhaltung Schwächen der Güternachfrage ergeben, liegt es demnach am Staat, die gewünschte Verteilung durch Umverteilung herzustellen bzw. die beschäftigungswirksame Güternachfrage einnahmen- und ausgabenseitig entsprechend anzuregen. In Bezug auf die Einkommens- und Beschäftigungswirkung sind Ausgaben für staatliche Leistungen (Staatskäufe von Gütern wie z.B. Schulbücher) die wirksamste Variante. Bei den Transferausgaben (Unterstützungen für private Haushalte) entscheidet die Konsumneigung über die Effektivität der Maßnahme: Ärmere Haushalte geben einen höheren Anteil der Sozialtransfers aus und erzeugen so eine größere „Multiplikatorwirkung“ des staatlichen Nachfrageimpulses. Analog dasselbe gilt für Abgabensenkungen.
- Einkommens- und Kapazitäts-effekt der Investitionen in Infrastruktur* Beachtet man neben der Nachfrageseite auch die Effekte auf das Angebot, sind Infrastrukturausgaben vorteilhaft, weil sie neben dem Einkommenseffekt einen langfristigen Kapazitätseffekt aufweisen: Durch die Nutzung der Infrastruktureinrichtungen gibt es einen Nutzenstrom für die Unternehmen und Haushalte. Bei Subventionen für Unternehmen entscheidet der Mitnahmeeffekt über die Wirksamkeit auf Einkommen, Beschäftigung und Güternachfrage: Je mehr Investitionen auch ohne Subventionierung vorgenommen worden wären, umso geringer ist die wirtschaftspolitische Effizienz dieser Maßnahme. Diesbezüglich sollten Subventionen generell nicht nach dem Gießkannenprinzip vergeben werden, sondern zielgerichtet auf die Schaffung von Arbeitsplätzen konzentriert werden.
- schädliches Sparen und Verunsichern* Verringerungen des staatlichen Budgetsaldos (weniger Einnahmen, mehr Ausgaben) sind in jenen Phasen absolut angezeigt, in denen sowohl die Unternehmen eher sparen (ihre Gewinne eher für Finanzinvestitionen statt für Anlageninvestitionen verwenden: „Kasino-Kapitalismus“) als auch die Privathaushalte (Vorsichts- oder Angstsparen à la „Sparen in der Zeit, so hast du in der Not“, insbesondere wenn Not nicht gut

auszuschließen ist: „Pensionsraub“, „Krankensteuer“, Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse, steigende Betroffenheit von Arbeitslosigkeit).

Aus unseren Überlegungen ergeben sich folgende Forderungen:

- Als Zielvorgabe für die EZB soll vorrangig die Versorgung der Wirtschaft mit Krediten zu niedrigen Zinsen stehen; die Niedrighaltung der Inflation durch die EZB soll eindeutig nachrangig sein und stattdessen hauptsächlich durch stabilitätsorientierte Einkommenspolitik (gemäßigte und koordinierte Lohn- und Preispolitik) erfolgen.
- Da so mancher Nationalstaat in der EU wenig geneigt ist, zweckmäßige Budgetdefizite einzugehen, um die mangelnde kaufkräftige und beschäftigungswirksame Nachfrage hinreichend anzustoßen oder die Infrastruktur angemessen auszubauen, soll die EU zusätzliche Einnahmen erzielen (etwa durch eine gemeinschaftliche Finanztransaktionssteuer) und diese für – vorzugsweise arbeitsintensive – Infrastruktureinrichtungen (Transport, Orts- und Regionsrevitalisierung etc.) ausgeben.

*EZB soll
Wirtschaft mit
Geld versorgen*

*EU soll selbst
einnehmen, um
zusätzlich
auszugeben*

8. Finanztransaktionssteuer

Hier wird eine Finanztransaktionssteuer für die EU vorgeschlagen. Eine solche Steuer belastet nicht die internationalen Leistungstransaktionen, also nicht die Entgeltzahlungen für grenzüberschreitend erbrachte Waren und Dienstleistungen. Somit wird der Welthandel nicht beeinträchtigt. Von einer Besteuerung erfasst sollen nur Transaktionen von Finanzvermögen werden, das sind Umwandlungen von einem Finanzaktivum in ein anderes. Zweck einer Finanztransaktionssteuer ist es, die Häufigkeit von Finanztransaktionen zu reduzieren. Das gelingt schon mit einem äußerst geringen Steuersatz von z.B. 0,1 Prozent. Denn die spekulativen Finanztransaktionen werden dadurch motiviert, schon kleine und selbst kleinste Kurs- bzw. Zinsdifferenzen auszunützen, um Finanzaktiva

*Spekulation
statt
Welthandel
belasten*

möglichst billig zu kaufen und möglichst teuer zu verkaufen. Eine solche Spekulation kann nicht finanzmarktstabilisierend wirken, weil nur auf erwartete Richtungsänderungen bei den Kursen spekuliert wird, nicht auf erwartete Kurswerte. Oft werden die Informationen der jeweils letzten fünf Minuten Kursentwicklung als Grundlage für die Spekulation verwendet. Nach Bekanntgabe neuer Unternehmensdaten entscheiden nur Sekunden, wer die Spekulationsgewinne bzw. -verluste einfährt. Starke kurzfristige Schwankungen sind die Folge. Sie sind besonders stark, weil die Derivate (Futures und Options) die Kursschwankungen hebelartig vergrößern. Den Kursgewinnen der Profis stehen die Kursverluste der AmateurlInnen gegenüber.²⁷

*geringe Steuer
mit großer
Wirkung*

Die sehr geringen Transaktionskosten für Finanztransaktionen (Kosten des Vermögenstauschs) werden durch eine Finanztransaktionssteuer kaum nennenswert, aber dennoch wirksam verteuert. Eine Finanztransaktionssteuer macht nur jene Finanztransaktionen unrentabel und verhindert sie, die so kleine Kurs- bzw. Zinsdifferenzen wie z.B. von 0,1 Prozent ausnützen wollen. Finanztransaktionsbesteuerung beruhigt und stabilisiert also die tagtäglichen, extrem kurzfristigen Finanztransaktionen mit ihren „nervösen“ Auswirkungen auf die Finanzmärkte. Der Vorteil einer Finanztransaktionssteuer mit verschwindend niedrigem Steuersatz ist, dass z.B. bei nur einer Transaktion pro Jahr eine sehr geringe Steuerlast entsteht, dass aber etwa bei einer Finanztransaktion pro Tag schon das 364-Fache an Steuerbelastung anfällt. Diese günstige Eigenschaft einer Finanztransaktionssteuer wirkt angesichts der Tatsache besonders vorteilhaft, dass heutzutage die durchschnittliche Behaltdauer von internationalen Sichtguthaben bereits bei nur mehr 10 Minuten liegt.²⁸ Der größte Teil der Finanzaktiva ist ein bis zwei Wochen in einer Anlageform, dann folgt schon die nächste Finanztransaktion.²⁹

Eine Finanztransaktionssteuer wird seriöse FinanzanlegerInnen nicht beeinträchtigen, denen es um eine Veranlagung geht, wo

sie im Zeitablauf ihre Zins- und Dividendeneinkommen erwirtschaften können (transferieren sie doch selten). Und wenn sich eine wesentlich bessere Veranlagungsform zeigt, können sie ihr Finanzvermögen immer noch ganz billig (z.B. zu 0,1 Prozent) umschichten.³⁰ Es geht also darum, jene Spekulationen zu besteuern, die nicht auf seriöse Zins- und Dividendenerzielung, sondern auf stetes kurzfristigstes und hektisches Jonglieren mit Finanzposten abzielen. Dieses „Kleinvieh“ macht für SpekulantInnen mit großen Beträgen „Mist“; doch „Mist“ entsteht auch in Form von Instabilität auf dem Finanzmarkt, letztlich in Gestalt von Finanzproblemen für Kapitalgesellschaften, die dadurch in ihrer langfristigen Investitionstätigkeit zur Schaffung von Arbeitsplätzen behindert werden. Eine Enquete an der Johannes Kepler Universität Linz ergab schon 2002 keine grundsätzlichen Vorbehalte gegen eine Finanztransaktionssteuer. Kontrovers war ausschließlich die Art der Realisierung.

*keine
grundsätzlichen
Vorbehalte
mehr*

Der Einwand, eine Finanztransaktionssteuer könne auf nationaler Ebene nicht realisiert werden, macht diese Maßnahme nicht unmöglich. Denn die EU ist wirtschaftlich und politisch ausreichend potent, um in ihrem Währungsraum eine Finanztransaktionssteuer erstens durchzusetzen und zweitens durchzustehen. Der Nachteil, nach einer regionalen, nicht weltweiten Einführung einer Finanztransaktionssteuer weniger Kapitalimporte zu haben, ist nämlich kein echter Nachteil, weil das hochspekulative Finanzkapital draußen bleibt, während das seriöse Finanzkapital von den stabilen Kurs- und Zinsverhältnissen sogar verstärkt angezogen wird und unternehmerische Investitionen und Arbeitsplätze finanziert.

*EU soll
Alleingang
wagen*

9. Für eine solidarische Wirtschaftspolitik

Aus dem Blickwinkel sowohl der ArbeitnehmerInnen als auch der Volkswirtschaft ist – auch und nicht zuletzt auf Ebene der EU – statt einer neoliberalen eine solidarische Wirtschaftspolitik nötig, um das Eigenschaftswort „sozial“ im Begriff „soziale

*Soziales muss
sozial bleiben!*

Marktwirtschaft“ noch bzw. wieder zu rechtfertigen. Solange hier besprochenen Forderungen der ArbeitnehmerInnen an die Wirtschaftspolitik der und in der EU nicht realisiert werden, sind Beteuerungen, ein globaler Marshall-Plan werde die sozialen Verhältnisse wirksam und nachhaltig verbessern³¹, unglaubwürdig und so gut wie Schall und Rauch. Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft in Deutschland ist eine von der Elektro- und Metallindustrie massiv gesponserte Meinungsbildungskampagne, die unter Ausnutzung der Abhängigkeiten der Medien eine Manipulation mit dem Ziel bezweckt, die Akzeptanz einer stark liberalisierten Marktwirtschaft zu verbreiten und zu verfestigen, bei der das Beiwort „sozial“ fast ausschließlich eine Feigenblattfunktion erfüllt.³² (Wo das Ökosoziale Forum Österreich steht, ist noch genau zu klären.) Österreich ist in der Medienkonzentration führend; mehr sei dazu in der gebotenen Kürze nicht gesagt – auch Schweigen kann beredt sein.

*keine
abgehobene
Politik,
sondern gute
Perspektiven
für alle*

Solidarische Wirtschaftspolitik sieht sich – im Gegensatz zum Neoliberalismus – die Probleme jener Menschen an, die in Wirtschaft und Gesellschaft am wenigsten etabliert sind und am schwächsten dastehen. Es sind die Probleme des Hier und Heute, die aufgegriffen und ernst genommen werden. Solidarische Wirtschaftspolitik lenkt den Blick der Menschen nicht von der Gegenwart weg in die fernere Zukunft, wo alles bestens sein solle, weil alle Zeit gehabt haben, sich durch Opfer und Entbehrungen den Gesetzen der Märkte zu unterwerfen und anzupassen. Diese typisch wirtschaftsliberale Auffassung gleicht dem Vorwärtslocken eines Esels durch seinen Reiter, der dem Tier mit einer Angel eine Karotte vor die Nase hält. Der Esel leistet Sisyphusarbeit und leidet Tantalusqualen, aber seine Nachkommen werden es besser haben, weil sie schnell genug sein werden, die Karotte zu kriegen, meint er. Das ist keine Polemik, das weist – vielleicht sarkastisch, aber wohl zu Recht – darauf hin, dass die den Menschen vom Neoliberalismus zugemuteten Anpassungen an Marktkräfte keine Verbesserungen für alle, sondern riesigen Reichtum für manche

gebracht haben – und das seit gut einem Vierteljahrhundert. Ein schlechtes, ein verlorenes Vierteljahrhundert, meint die solidarische Wirtschaftspolitik. Sie betrachtet nämlich zuallererst das Gemeinwohl. Zum Gemeinwohl gehört zweifelsfrei und vorrangig eine ausgewogene Verteilung der Gesamtwohlfahrt.³³ Und darunter leiden vor allem unselbstständige Erwerbstätige und Arbeitslose sowie kleine und kleinste Unternehmen.

Die EU als Einrichtung, die von Menschen – Kindern ihrer Zeit – getragen wird, hat mit ihrer neoliberalen Politik dem Wohlfahrts- wachstum, der Beschäftigung und der Qualität der Arbeit geschadet.³⁴ Doch die EU ist prinzipiell eine starke Institution, welche erstens die unzumutbaren wirtschaftspolitischen Konkurrenzen ihrer Mitglieder (jedes gegen jedes) in eine konstruktive wirtschaftspolitische Zusammenarbeit wandeln und als solche verankern kann und zweitens die wirtschaftlichen Stärken ihrer Volkswirtschaften gleichsam bündeln und potenzieren und auf dem internationalen Parkett der Wirtschaftspolitik in Verhandlungsstärke und Gestaltungskraft umsetzen kann. Nur müssen sich zuvor noch die mehrheitlichen Auffassungen von einer „Good Governance“ in den EU-Ländern ändern.

Überdies wäre es schicksalhaft schlimm, würden die neoliberalen wirtschaftspolitischen (und die militärisch-hegemonialen) Grundsätze des Entwurfs einer Verfassung für Europa nicht oder nur unwesentlich modifiziert in einen neuen Verfassungsanlauf einfließen und – mit einem neuen Etikett versehen und ansonsten in den Nebel der Desinformation gehüllt – doch noch angenommen werden. In diesem „worst case“ wäre die wirtschafts- und gesellschaftspolitische Neutralität und Offenheit der Verfassung oder eines ihr gleichzuhaltenden Dokuments verloren und nur schwer wieder herstellbar. Wirtschaftspolitische (und sicherheitspolitische) Programme müssen demokratisch frei wählbar sein und bleiben.³⁵ Zumindest das müssen ArbeitnehmerInnen von der EU verlangen, sonst wird die EU von der Problemlöserin zum Problemfall. Noch ist es nicht zu spät.³⁶

Institution EU muss politisch richtig genützt werden

Keine neoliberale, sondern neutrale und ergebnisoffene EU-Verfassung!

Anmerkungen:

- 1 Laibman, D., The Future within the Present: Seven Theses for a Robust Twenty-First-Century Socialism, in: Review of Radical Political Economics, Heft 3, 2006, S. 305 ff. und Gunn, C., Cooperatives and Market Failure: Workers' Cooperatives and System Mismatch, in: Review of Radical Political Economics, Heft 3, 2006, S. 345 ff.
- 2 Bartel, R., Kepplinger, H., Pointner, J., Besser als Neoliberalismus: Solidarische Wirtschaftspolitik, Wien 2006, S. 146 ff.
- 3 Bartel, R., Kepplinger, H., Pointner, J., Besser ..., a.a.O., S. 41 ff.
- 4 Vgl. z.B. Prescott, E. C., Prosperity and Depression, in: American Economic Review, Heft 1, 2002, S. 1 ff., Lucas, R. E., Macroeconomic Priorities, in: American Economic Review, Heft 1, 2003, S. 1 ff.
- 5 derStandard.at, Finanzminister beraten über Defizite im neuen Stabilitätspakt, 10. 7. 2006, 13:49 MESZ. derStandard.at, Schlüssel für Gesamtkonzept zur Entlastung. Bundeskanzler will in kommender Legislaturperiode Abgabenquote unter 40 Prozent senken, 8. 8. 2006, 13:40 MESZ. Vgl. auch Bartel, R., Kepplinger, H., Pointner, J., Besser ..., a.a.O., S. 261 ff.
- 6 Bartel, R., Kepplinger, H., Pointner, J., Besser ..., a.a.O., S. 44 ff.
- 7 Rodrik, D., After Neo-liberalism, What? in: Economic Times, 9. 11. 2002, www.ksg.harvard.edu/news/opeds/2002/rodrik_neoliberalism_et_11902.htm
- 8 Sinn, H.-W., Der neue Systemwettbewerb, in: Perspektiven der Wirtschaftspolitik, Heft 4, 2002, S. 391 ff.
- 9 Bartel, R., Kepplinger, H., Pointner, J., Besser ..., a.a.O., S. 150 ff.
- 10 Bartel, R., Kepplinger, H., Pointner, J., Besser ..., a.a.O., S. 176 ff.
- 11 Bartel, R., Kepplinger, H., Pointner, J., Besser ..., a.a.O., S. 205 ff.
- 12 Haag, M., Lagunoff, R., Social Norms, Local Interaction, and Neighborhood Planning, in: International Economic Review, Heft 1, 2006, S. 265 ff.
- 13 Bartel, R., Kepplinger, H., Pointner, J., Besser ..., a.a.O., S. 44 ff.
- 14 Bartel, R., Kepplinger, H., Pointner, J., Besser ..., a.a.O., S. 202 f.
- 15 Bartel, R., Kepplinger, H., Pointner, J., Besser ..., a.a.O., S. 34 f.
- 16 „Denn im Reiche des Wandelbaren wird ewig das Leben sich selbst erfahren.“
Inscription im Foyer des Landestheaters Linz
- 17 Hausjell, F., Mutiger Medienjournalismus fehlt fast zur Gänze, Interview in derStandard.at, 17. 7. 2006, 08:31 MESZ
- 18 derStandard.at, Eurobarometer: Arbeitslosigkeit ist größte Sorge der Österreicher, 10. 7. 2006, 14:56 MESZ. Wirklich EU-feindlich sind typischerweise die unmittelbar und hart von der neoliberalen Politik Österreichs und der EU Betroffenen (derStandard.at, 11. 7. 2006, 09:40 MESZ).
- 19 Damit ist aber keineswegs ein militärischer Auslandseinsatz der EU als willkürlicher, machtbesessener und eigenwilliger „Weltpolizist“ à la USA gemeint.
- 20 Heutzutage werden die Probleme mit den zunehmenden Informationsvorsprüngen des Topmanagements immer drängender, was an zahlreichen Skandalen in den verschiedensten Ländern und Lagern deutlich wird und effektiven Handlungsbedarf signalisiert. Vgl. dazu Bartel, R., Kepplinger, H., Pointner, J., Besser ..., a.a.O., S. 153 ff.
- 21 Bartel, R., Kepplinger, H., Pointner, J., Besser ..., a.a.O., S. 186 ff.
- 22 Stockhammer, E., Drei neoliberale Mythen zu Löhnen und Profiten, Vortrag am Symposium „Solidarische Wirtschaftspolitik“ am 10. 5. 2006 in der AK-OÖ in Linz

- 23 Sinn, H.-W., Der neue ..., a.a.O., S. 391 ff.
- 24 Schui, H., Universität Hamburg, Internet-Quelle nicht mehr eruierbar
- 25 Vgl. z.B. Gabe, T. M., Bell, K. P., Tradeoffs between Local Taxes and Government Spending as Determinants of Business Location, in: Journal of Regional Science, Heft 1, 2004, S. 21 ff. Weitere Hinweise in Bartel, R., Moderne Regionalökonomie, Arbeitspapier, www.econ.jku.at/bartel/schriften.htm
- 26 Kaldor, N., Inflation – An Endemic Problem of Modern Capitalism, in: Wirtschaft und Gesellschaft, Heft 2, 1982, S. 289 ff.
- 27 Schulmeister, S., Die manisch-depressiven Preisschwankungen auf Finanzmärkten und ihre realwirtschaftlichen Folgen, Vortrag auf der 13. Wissenschaftlichen Sommerakademie Kapfenberg, 2. 7. 2006
- 28 Schulmeister, S., a.a.O.
- 29 Bartel, R., Die Tobin-Steuer. Ein Ansatz zur Beruhigung des internationalen Finanzmarktes und Stärkung der Weltwirtschaft?, in: WISO, Heft 1, 2002, S. 143 ff.
- 30 Wegen der trotz einer Finanztransaktionsbesteuerung immer noch immens hohen Transaktionsvolumina erzielt gerade ein niedriger Steuersatz extrem hohe Steuereinnahmen. An der Frankfurter Börse (der Derivatbörse Nummer eins weltweit) ist der Umsatz allein der Finanzderivate 40-mal höher als das BIP Deutschlands (2005: 2.247 Mrd. Euro). Ein Finanztransaktions-Steuersatz von 0,1 Prozent würde dort ein Finanztransaktions-Steueraufkommen von immerhin 90 Mrd. Euro (= 2247 x 40 / 1000) ergeben. Mit einem niedrigen, konstanten Steuersatz kann Kapitalflucht in einer Finanzkrise nicht verhindert werden. Gleichwohl könnte für derartige Situationen eine Erhöhung des Steuersatzes vorgesehen werden („Fluchtsteuersatz“), aber das ist schon eine andere Geschichte.
- 31 Radermacher, F. J., Global Marshall Plan. Ein Planetary Contract. Für eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft, Wien 2004
- 32 Speth, R., Die politischen Strategien der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, www.boeckler.de/pdf/fof_insm_studie_09_2004.pdf, Düsseldorf 2004
- 33 Bartel, R., Kepplinger, H., Pointner, J., Besser ..., a.a.O., S. 317 ff.
- 34 Stockhammer, E., a.a.O.
- 35 Altvater, E., Fisahn, A., Gerstenberger, H., Huffschnid, J., Karrass, A., Mahnkopf, B., Eine andere Verfassung ist möglich. Anforderungen an eine europäische Verfassung – Positionen der EU-AG des wissenschaftlichen Beirates von Attac Deutschland, www.attac.de/ueber-attac/beirat/andere-verfassung.rtf, 2005
- 36 EuroMemorandum-Gruppe, EuroMemoranden: Alternative Politik für Europa, www.memo-europe.uni-bremen.de/euromemo/indexmem.htm, laufende Jahrgänge

INSTITUT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

WISO

WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Die Zeitschrift WISO wird vom Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) herausgegeben. Sie dient der Veröffentlichung neuer sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse sowie der Behandlung wichtiger gesellschaftspolitischer Fragen aus Arbeitnehmersicht.

Lohnpolitik, soziale Sicherheit, Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Arbeit und Bildung, Frauenpolitik, Mitbestimmung, EU-Integration - das sind einige der Themen, mit denen sich WISO bereits intensiv auseinander gesetzt hat.

WISO richtet sich an BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, StudentInnen, Aktive in Verbänden, Kammern, Parteien und Institutionen sowie an alle, die Interesse an Arbeitnehmerfragen haben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Preise:* Jahresabonnement EUR 22,00 (Ausland EUR 28,00)
Studenten mit Inskriptionsnachweis EUR 13,00
Einzelausgabe EUR 7,00 (Ausland EUR 12,00)

(* Stand 2005 - Die aktuellen Preise finden Sie auf unserer Homepage unter www.isw-linz.at)

Wir laden Sie ein, kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen ein WISO-Probeexemplar zu bestellen. Natürlich können Sie auch gerne das WISO-Jahresabonnement anfordern.

Informationen zum ISW und zu unseren Publikationen - inklusive Bestellmöglichkeit - finden Sie unter www.isw-linz.at.



Oberösterreich

BESTELLSCHEIN*

Bitte senden Sie mir kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen

- 1 Probeexemplar der Zeitschrift WISO
- 1 ISW Publikationsverzeichnis

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements (Normalpreis)

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements für StudentInnen mit Inskriptionsnachweis

* Schneller und einfacher bestellen Sie über das Internet: www.isw-linz.at

Name _____

Institution/Firma _____

Straße _____

Plz/Ort _____

E-Mail _____

BESTELLADRESSE:

ISW
Gruberstraße 40-42, A-4020 Linz
Tel. ++43/732/66 92 73
Fax ++43/732/66 92 73-28 89
E-Mail: wiso@akoee.at
Internet: www.isw-linz.at